

Hauptstadt 75 Pf., monatlich 2,25 Pf. (banon 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbeleg 3,87 Pf. einschließlich 50 Pf. Verwaltungs- und 72 Pf. Postgebühren. Auslandsabonnements 5,65 Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,65 Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Lust und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
29. März 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die städt. Rummelstraße 60 Pf. Hellwegstraße 2-30. Kleine Anzeigen das freigelegte Blatt 20 Pf. (ausführlich siehe Druckvertragsbedingungen Seite 3) des weiteren Blatt 10 Pf. Blatt 11. Blatt 12. Blatt 13. Blatt 14. Blatt 15. Blatt 16. Blatt 17. Blatt 18. Blatt 19. Blatt 20. Blatt 21. Blatt 22. Blatt 23. Blatt 24. Blatt 25. Blatt 26. Blatt 27. Blatt 28. Blatt 29. Blatt 30. Blatt 31. Blatt 32. Blatt 33. Blatt 34. Blatt 35. Blatt 36. Blatt 37. Blatt 38. Blatt 39. Blatt 40. Blatt 41. Blatt 42. Blatt 43. Blatt 44. Blatt 45. Blatt 46. Blatt 47. Blatt 48. Blatt 49. Blatt 50. Blatt 51. Blatt 52. Blatt 53. Blatt 54. Blatt 55. Blatt 56. Blatt 57. Blatt 58. Blatt 59. Blatt 60. Blatt 61. Blatt 62. Blatt 63. Blatt 64. Blatt 65. Blatt 66. Blatt 67. Blatt 68. Blatt 69. Blatt 70. Blatt 71. Blatt 72. Blatt 73. Blatt 74. Blatt 75. Blatt 76. Blatt 77. Blatt 78. Blatt 79. Blatt 80. Blatt 81. Blatt 82. Blatt 83. Blatt 84. Blatt 85. Blatt 86. Blatt 87. Blatt 88. Blatt 89. Blatt 90. Blatt 91. Blatt 92. Blatt 93. Blatt 94. Blatt 95. Blatt 96. Blatt 97. Blatt 98. Blatt 99. Blatt 100.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Reprint: Köpenick (A 7) 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Et. 8. u. Ditt.-Str., Depottent., Jerusalemstr. 63-65.

Aus Hitlers brauner Armee

Braunschweig als Asyl für polizeilich gesuchte SA-Leute.

Die „Welt am Montag“ ist in der Lage, nachstehenden vielstündigen Erlaß des „Stabschefs“ Hitlers Röhms zu veröffentlichen:

Der Oberste SA-Führer.
I. Nr. 502/32.

München, den 24. 2. 32.

Berteilt gemäß Verteiler II.
Betrifft: Aufenthalt in Braunschweig.

Die Standarte 92 (Braunschweig) meldet: „Seit langer Zeit treffen fast täglich SA-Männer aus allen Teilen des Reiches im Gebiet der Standarte 92 ein, die aus irgendwelchen Gründen ihren Heimort verlassen müssen. Bis dato habe ich jeden, der sich meldete, übernommen und verpflegt. Diese Zuwanderung nimmt in letzter Zeit aber solche Formen an, daß sich geradezu eine Gefahr herauswächst, die aus verschiedenen Gründen nicht tragbar ist. Nicht genug, daß die Männer sich in den meisten Fällen disziplinlos verhalten, gegen sie auch noch her und erzählen jedem, der es hören will, was sie veranlaßt hat, ausgerechnet nach Braunschweig zu kommen. Ein unhaltbarer Zustand.“

Sich bestimme daher:

1. SA- und SS-Männer, welche in den Freistaat Braunschweig einreisen und sich dort aufhalten wollen, müssen hierfür einen vom Standartenführer ausgestellten Urlaubsschein haben. Dieser Urlaubsschein darf nur nach eingehender Prüfung der Gründe und unter der Voraussetzung ausgestellt werden, daß der Betreffende über die notwendigen Existenzmittel verfügt.
2. Die betr. SA- und SS-Männer haben sich sofort nach ihrem Eintreffen in Braunschweig bei der SA-Dienststelle des Ortes zu melden.
3. Sie sind gehalten, sich den von der SA-Dienststelle gegebenen Weisungen unbedingt zu fügen, namentlich alles unnötige Gerede über den Grund ihrer Reise zu unterlassen.
4. Zuwiderhandeln ist von der betr. SA-Dienststelle der Partei- und der SA-(SS-)Ausweisung abzunehmen, der weitere Aufenthalt im SA-Heim zu verbieten und jede weitere Unterstützung zu verweigern. Bei größeren Verfehlungen ist Ausschluß aus der SA zu beantragen.

Für die Richtigkeit: Der Chef des Stabes der Chef der Abteilung I: gez. Röhms.

Bedarf es noch eines weiteren Beweises dafür, daß Hitlers SA eine regelrechte Privatarmee darstellt, in der man sogar Urlaubsscheine (!) ausstellt und zureisende „Urlauber“ von der „SA-Dienststelle“ untergebracht und verpflegt werden? (Nebenbei bemerkt: Nr. 92 war die Regimentsnummer des Braunschweigischen Infanterieregiments in der alten Armee, daher trägt Hitlers Braunschweiger „Standarte“ natürlich die gleiche Nummer!)

Aus diesem Röhmschen Dokument geht aber auch ein weiteres hervor: Braunschweig ist unter Klaggas das Sammelbecken aller Nazis aus dem übrigen Reich, die aus irgendwelchen Gründen ihren Heimort verlassen müssen, mit anderen Worten etwas ausgepresst haben und von der Polizei und der Staatsanwaltschaft wegen Verbrechen gesucht werden. Ob nur Verüber politischer oder auch sonstiger krimineller Delikte in Klaggas Asyl finden, bleibe dahingestellt, ist übrigens vom Standpunkte des Rechtsstaates ziemlich gleichgültig.

Herr Röhms regt sich natürlich nicht über die Tatsache auf, daß Braunschweig innerhalb Deutschlands das Asylrecht behördlich verfolgten Nazis gewährt, sondern nur darüber, daß die Burichen nicht einmal „dicht halten“ und daß außerdem die Gastfreundschaft Klaggas von Clementen offenbar mißbraucht wird, die eine strafbare Handlung „politischer Natur“ nur verjapeln, um dort auf Kosten der „Standarte 92“ zu nassauern.

Wir fragen nicht mehr nur Herrn Groener, wir fragen jetzt den Reichsminister Brüning und die übrigen Mitglieder der Reichsregierung: Wenn in Braunschweig eine kommunistische Regierung sähe, die sich auch nur den zehnten Teil dessen leisten würde, was in Braunschweig unter Klaggas geschieht und dokumentarisch nachweisbar ist, was wäre von Rechts wegen mit einer solchen Regierung längst geschehen? Will die Reichsregierung den Vorwurf auf sich sitzen lassen, daß sie Nazi-Braunschweig gewähren läßt, weil sie Angst vor Hitler und Röhms hat?

Wohl nirgends in Deutschland hat das Bürgertum mit so starker Gewißheit auf den glatten Sieg Hitlers beim ersten Gang der Reichspräsidentenwahl gerechnet wie in Braunschweig.

Ein junger Architekt hat in einer größeren Gesellschaft mit vollem Ernst erklärt, daß er es in dieser Zeit nur bedauere, sich so bald auf längere Zeit von seiner jungen Frau trennen zu müssen. Auf die Frage, was ihm denn bevorstehe, erwiderte er, daß er ja sicher bei der Einführung der Arbeitsdienstpflicht durch den neuen Reichspräsidenten einen Aufzugsposten einnehmen müsse.

Bei der Bekanntgabe der Wahlergebnisse am 13. März bekamen in den Restaurants Währige Mädchen wegen der Niederlage Hitlers Weinkrämpfe. Große Teile des Bürgertums waren wie vor den Kopf geschlagen und glaubten etwas Schier Unfassbares zu erleben.

Ruhte doch ihre Siegesgewißheit vor allem auch durch die von der braunschweigischen Staatsregierung unterstützte, die Öffentlichkeit des Landes beherrschende Wahlpropaganda der Nationalsozialisten genährt werden! Man war in einen Rausch versetzt worden, und jetzt ist auf den Rausch der Ragenjammer gefolgt.

Die sozialistische Arbeiterschaft Braunschweigs hat sich selbstverständlich um die Tagung der Hitlerjugend in keiner Weise gekümmert.

Wenn nicht am Sonnabend jugendliche Kommunisten, durch die törichten Parolen ihrer Partei veranlaßt, sich mit Hitleranhängern in eine übrigens glimpflich abgelassene Schlägerei eingelassen hätten, wären die Ostertage in Braunschweig ohne jeden Zwischenfall vorübergegangen. Selbstverständlich empfindet man in der Arbeiterschaft über die peinliche Blamage, die sich Herr Hitler durch seine verbotene und deshalb nicht gehaltene Osterrede zugezogen hat, Genugtuung. Wie viel und wie viele Räteregierungen werden auf die Nachverhältnisse in der braunschweigischen hohen Beamtenenschaft verhandelt. Man sagt sich, daß ohne Zweifel das Ministerium, dem Herr Klaggas angehört, Vorgelegter des Regierungsrats Hitler ist. Borgelegter des Herrn Ministers Klaggas aber ist wiederum der Regierungsrat Hitler in seiner Eigenschaft als Dsaj.

Wer ist nun Borgelegter, wer Untergebener?

Die Kompetenzen vermischen sich und zeigen einen lächerlichen Zustand auf. Vor allem die Arbeiterschaft aber freut sich, daß bei der Hitlerischen Osterrede, wenn auch spät, so doch endlich einmal die Republik oberster Borgelegter gewesen ist. Dem Wahlpflicht vom 10. April sieht die braunschweigische Sozialdemokratie mit Ruhe und Zuversicht entgegen. Es besteht für niemanden ein Zweifel, daß die Partei der Partei wie am 13. März in Geschlossenheit befolgt wird, um die Niederlage des Faschismus zu vergrößern. Die Zahlenvergleiche aus Anlaß des Wahlergebnisses vom 13. März haben, soweit solche möglich sind, ergeben, daß die Sozialdemokratie sich nicht nur behauptet, sondern daß sie gewonnen hat.

Im Kampfe gegen den Faschismus stehen die Braunschweiger Genossen auf vorgeschobenem Posten. Aber gerade die letzten Wochen haben trotz aller Versuche des Herrn Klaggas, die Partei und namentlich ihre Presse zu knebeln, gezeigt, daß dieser Posten von bester Mannschaft besetzt ist und gehalten wird!

Ostern in Klaggestan.

Der Dsaj war nicht bei seiner Jugend.

Von unserem nach Braunschweig entsandten Sonderberichterstatter.

Braunschweig, 28. März.

In Braunschweig wollte am Osterfesttag der Regierungsrat Dsaj Hitler in einer öffentlichen Versammlung der Hitler-Jugend in der Stadthalle sprechen. Er hat nicht gesprochen, weil es ihm vom Reichsinnenministerium untersagt wurde, er ist bei „seiner“ Jugend nicht einmal erschienen, er hat Braunschweig gemieden.

Jetzt hat die Hitlerjugend in einem Gartenlokal vollkommen unbeachtet ihre Veranstaltung abgehalten, gleichsam in einer Ecke versteckt und verborgen vor der übrigen Bevölkerung. Wie sie sagte, das ist freilich für einen Menschen, der viele sozialistische Verspottungen gesehen hat, ein trauriges Kapitel für sich. Was in der geschlossenen Sitzung gesprochen wurde, ist gleichgültig. Wer den großen Saal des Gartenrestaurants betrat, sah

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bewegten sich die Jugendlichen in und vor dem Gartenlokal in der braunen Bundeskleidung der Hitlerjugend.

Britische Polizei, die vorbeikommt, sah oder beachtete dies nicht, der braunschweigische Innenminister aber hätte es bei notwendiger gewissenhafter Sorgfalt voraussehen müssen. Denn in seinem Leit- und Wagenblatt, der „Braunschweigischen Landeszeitung“ war kurz vorher in einer großen Vorantündigung zu lesen, daß die Jugendlichen die Bundeskleidung mitzubringen hätten. Die Ausrede, man habe angenommen, daß es sich um einen militärischen Sackentwurf, Helm und Hase über dem Arm, handeln würde, wäre wohl zu billig.

Auch sonst hat der Osterfriede in Braunschweig seine besondere Prägung. Gleich in der Nähe des Bahnhofes prangt an einer Lichtsäule das Bild Adolfs Hitlers, und wenige Schritte weiter sieht man in einem Garten nach der Straße zu ein großes Transparent, das anzeigt, daß 18 Millionen für die Rotverordnungsrepublik und 11 Millionen für den Freistaat gestimmt hätten. Wohl sagt die „Braunschweigische Landeszeitung“ mit Bitterkeit, es sei erreicht worden, daß „in diesen Osterfesten keine Wahlplakate an den Anschlagtafeln hängen“, aber im Braunschweig des Herrn Klaggas haben alle diese Dinge eben ihr besonderes Gesicht.

hathwächige Jungen, die sich mit ihren Mädchen an der Theke räteln und ein Glas Bier nach dem anderen hinter die Binde gossen.

Von der Regelsbahn her hörte er das Rollen der Räder, aus einem anderen Räume das Grollen über nationalsozialistischer Hahngelänge, vom Spielplatz her aber vernahm er Kommandos. Dort zogen in Reich und Glied, von Älteren kommandiert, die Jüngsten unter den Hitlerkämpfern, sechs- bis zehnjährige Hosenmäde, einher. Es ging vollkommen kasernenhofmäßig zu, denn ein richtiger kommender Held des Braunen Heeres kann nicht früh genug zum Kadavergehoriam und zur Kasernenstube des Dritten Reiches erzogen werden. Freilich, ein alter Mann, der mit seinem Enkelkind draußen im Park spazieren ging, sah, als das Räder sich an das Gitter drängte: „Komm hier her, da lernst du nichts lernen, da wird doch im Leben nichts draus“.

Wie allerdings der braunschweigische Innenminister, Herr Klaggas, den vom Reich verkündeten Osterfriede und das Uniformverbot aufhob, das wurde auch bei dieser braunen Jugendtagung klar.

Ragenjammer.

Wozu gibt es noch eine kommunistische Partei?

Ostern ist für die gläubigen Kommunisten, soweit sie die „Rote Fahne“ lesen, ein Tag der Ruhe und des Jammers gewesen. Das Verbot der „Roten Fahne“ ist soweit abgekürzt worden, daß sie zum Osterfesttag wieder erscheinen konnte. Diese Gelegenheit hat das Zentralkomitee der KPD benutzt, um eiligst eine Resolution von fünf Spalten Länge über das Ergebnis des ersten Wahlganges der Präsidentenwahl zu veröffentlichen. Die Länge dieser Resolution ist aus dem Inhalt verständlich: je größer der Ragenjammer, um so länger die Thesen. Der helle Sonnenschein des ersten Ostertages muß für einen wirklich gläubigen Kommunisten nach der Lektüre dieser Thesen trübe geworden sein! (Wir können freilich nicht dafür garantieren, daß es Kommunisten gibt, die derartige unendlich lange Resolutionen ihres Zentralkomitees lesen.)

Wir haben diese Thesen jedenfalls gelesen, und wenn wir Kommunisten wären, so würden wir uns fragen: was tun wir noch in einer so miserablen Partei, deren Zentralkomitee feierlich bestätigt, daß sie nichts taugt, nichts kann, nichts versteht, die auf allen Punkten nur Fehler zu verzeichnen hat! Denn diese Thesen sind ein Eingeständnis des heulenden Ciends, das die KPD ergriffen hat — vielleicht auch eine Folge der Prügel, die sie wegen des schrecklichen Mißverhältnisses zwischen ihrer Grobmäuligkeit und ihrem praktischen Erfolg von Moskau bezogen hat.

Das Zentralkomitee konstatiert, daß der Wahlausgang „gemessen an den günstigen Voraussetzungen der objektiven Situation, keineswegs zufriedenstellend ist“. Das hat, so erklärt es, am „subjektiven Faktor“ ge-

legen, der nun mit „der Waffe der unerschütterlichen bolschewistischen Selbstkritik“ entlarvt werden muß — soweit nämlich Bezirksleitungen, Leitungen der unteren Parteieinheiten und kommunistische Fraktionen in Frage kommen. Das ZK selber ist natürlich unfehlbar.

Hier sind die Resultate der unerschütterlichen bolschewistischen Selbstkritik:

„Die im Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist es der Partei auch im Kampf gegen die Hungersnöte der faschistischen Politik der deutschen Bourgeoisie nicht gelungen, den Wahlkampf als außerparlamentarische Massenmobilisierung zu einer wirklichen Auslösung von Aktionen auszunutzen.“

„Es ist der Partei nicht gelungen, das Schwergewicht des Wahlkampfes in die Betriebe, vor allem in die Großbetriebe, zu verlegen, in der Führung der Kampagne vom Betrieb als politisch-organisatorischer Einheit auszugehen und die Rolle der Betriebszelle als des wichtigsten Organs der Partei auch nur annähernd zu erfüllen. Diese Schwäche ist eine der Hauptursachen für die mangelnden Erfolge im Kampf gegen die „Eiserne Front“.“

„Die Partei hat die Direktive des ZK über eine großzügige Wendung in der Erwerbslosenarbeit noch keineswegs zur Anwendung gebracht, sondern die Massenmobilisierung unter den Millionenmassen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter sowie ihren Angehörigen aufs stärkste vernachlässigt.“

„Es ist den Kommunisten in der R.D. nicht gelungen, die festgestellten Schwächen in der Frage der Streitmobilisierung und der Erfüllung der Rolle der R.D. neben der Partei und unter ihrer Führung im Rahmen der außerparlamentarischen Massenmobilisierung während des Wahlkampfes zu überwinden.“

„In der Führung der Präsidentschaftskampagne zeigt sich vielfach in Verbindung mit dem ungenügenden prinzipiellen Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre Betrugsmandate eine außerordentliche Schwäche in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik von unten.“

„Die angeführten Schwächen auf den verschiedenen Gebieten der revolutionären Massenarbeit finden auch ihren Niederschlag in den Mängeln der Agitation und Propaganda.“

Da ist kein wesentlicher Punkt, an dem nicht das Versagen des „subjektiven Faktors“, will sagen, das Versagen der Partei festgestellt wird! Das ist auch nicht weiter verwunderlich. Wenn eine Partei, die eine Arbeiterpartei sein will, in entscheidender Stunde praktisch gemeinsame Sache mit den schlimmsten Feinden der Arbeiterschaft gegen die Arbeiter macht, dann hat allerdings der „subjektive Faktor“ versagt! Zwar nicht bei den Arbeitern, die solche verbrecherische Politik nicht mitgemacht haben, wohl aber bei den sogenannten Führern im ZK der R.D.

Nun soll der „prinzipielle Kampf gegen die S.P.D.“ verstärkt werden, die Eiserne Front soll von den Kommunisten stärker als zuvor angegriffen werden. Der „subjektive Faktor“ ist sich jedoch im Zweifel darüber, ob dies nicht zu noch stärkerem „Versagen der Partei“ führen würde. Er versucht deshalb, die gläubigen Kommunisten von den Dingen in Deutschland abzulenken und erzählt ihnen deshalb etwas von einer akuten Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem ostasiatischen Konflikt. Die gläubigen Kommunisten brauchen natürlich nichts davon zu wissen, wie die Sowjetregierung in der Frage des neuen mandchurischen Staates, in der Frage von japanischen Truppentransporten auf der ostchinesischen Eisenbahn vor den japanischen Imperialisten auf die Knie gesunken ist, sie dürfen nichts davon hören, daß die Sowjetregierung beschuldigt wird, Geheimverträge mit den japanischen Imperialisten auf Kosten Chinas abgeschlossen zu haben. Sie haben nur zu glauben, was ihnen ihr Zentralkomitee erzählt. Das ZK sucht seine Mitglieder nach der Pleite vom 13. März mit dem Märchen eines drohenden Interventionskrieges gegen Sowjetrußland bei der Stange zu halten. Dies Märchen ist die ultimo ratio kommunistischer Propagandaarbeit, wenn sonst nichts mehr zieht. Daß das ZK der R.D. jetzt mit diesem Märchen herkommt, zeigt die Größe seines Ragenjammers.

Wenn also ein gläubiger Kommunist nach der Lektüre dieser Thesen sich verzweifelt fragt: „Was soll ich noch in dieser veragenden Partei?“ — dann antwortet ihm das ZK: du sollst in allen Betrieben streiken, die von der Kriegskonjunktur erfaßt werden! Wir lesen in dieser Resolution:

„Dabei muß das ganze Schwergewicht der revolutionären Massenarbeit auf die wirkliche Organisation des aktiven Widerstandes gegen Kriegslieferungen und Munitionstransporte gelegt werden. Hierbei gilt es zur Auslösung von Streiks in den durch die Kriegskonjunktur erfaßten Betrieben und Industriezweigen Lohnforderungen der Arbeiter aufzustellen, um den Kampf um diese Forderungen mit der revolutionären Belämpfung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen und Kriegsmaßnahmen zu verbinden.“

Du sollst streiken in den von der Kriegskonjunktur erfaßten Betrieben, so heißt es. Aber wofür? Aus Gründen internationaler Solidarität? Bewahre, sondern für höhere Löhne! Wenn das ZK der R.D. ernstlich an eine Kriegsgefahr gegen Sowjetrußland glauben würde, so wäre diese Parole ein Verbrechen gegen den Gedanken der internationalen Solidarität und eine Bankrotterklärung zugleich! Wenn die R.D. in solchem Falle nicht zum Streik aus internationaler Solidarität, sondern für höhere Löhne aufruft, ist sie das Geld nicht wert, das sie der Sowjetregierung kostet!

Bei dieser Parole ergeben sich herrliche Aussichten! Befehlt der Fall, ein solcher Streik würde in der internationalen Solidarität pfeifen, weil sie höhere Löhne bekommen? Zu welchem Preis dürfen Kommunisten ihre Solidarität mit Sowjetrußland verkaufen. Für eine zehnprozentige Lohnerhöhung etwa? Oder genügen vielleicht schon fünf Prozent? Das genügt schon, um diesen neuesten Dreh zu entlarven!

Der Ragenjammer hat das ZK der R.D. so heftig erfaßt, daß es sich selbst entlarvt. Diese Resolution zeigt, was das ZK der R.D. in Wahrheit ist: eine Bande gewissenloser politischer Abenteurer, die die Klasseninteressen der Arbeiterschaft und den Kampf der Arbeiter gegen den Faschismus ebenso verraten und in den Schmutz ziehen wie den Gedanken der internationalen Solidarität!

Internationale Kundgebung in Brüssel.

Bei der Einweihungsfeier des neuen „Peuple“-Gebäudes.

Brüssel, 28. März. (Eigenbericht.)

Die Sozialistische Partei Belgiens beging am Sonnabend vor Ostern feierlich die Einweihung des neuen Zeitungsgebäudes des „Peuple“. Nach dem Nordbahnhof formierte sich bei Einbruch der Dunkelheit ein gewaltiger Festzug, der mit roten Fahnen und Fackeln durch die Stadt zog. Im Riesensaal des alten Volkshauses sprach Vanderploeghe, der die auswärtigen Gäste begrüßte, und der dabei auch ganz besonders der deutschen Sozialdemokratie für ihren klugen und tapfer geführten Kampf gegen den Faschismus den Dank der Internationale aussprach. Die Versammlung unterstrich die Worte mit stürmischem Beifall. Es sprachen dann Stevenson von „Daily Herald“ für England, van der Pecht von „Het Volk“ für Holland,

Stamper für Deutschland, und Leon Blum als Vertreter des „Populaire“ für Frankreich. Die Schlussrede hielt wieder Vanderploeghe, der den deutschen und den französischen Genossen zu den bevorstehenden Wahlkämpfen besten Erfolg wünschte.

Unter den zahlreichen schriftlichen Glückwünschen machte der des letzten Chefredakteurs des unterdrückten „Avari“ des Genossen Penni besonders starken Eindruck. Penni schrieb, er bitte sich den Glückwünschen der sozialistischen Presse anschließen zu dürfen namens des „Avari“, der einmal ein freies und mächtiges Organ des internationalen Proletariats gewesen ist und eines Tages es auch wieder sein wird.

Die glänzende Veranstaltung zeigte, wie eng sich die Brüsseler Arbeiterschaft mit ihrem Vaterland verbunden fühlt und wie stark in Belgien der alte internationale Kampfgeist lebendig ist.

Klärung in Holland.

Die dortigen Sendewirte spalten sich ab.

Amsterdam, 28. März. (Eigenbericht.)

Der 37. Parteitag der Niederländischen Sozialdemokratie wurde Sonnabend in Haarlem in Abwesenheit des erkrankten Parteivorstehenden Dudgeest vom Genossen Vliegen mit einer Ansprache eröffnet, worin er es als die besondere Aufgabe dieser Tagung bezeichnete, die durch das Auftreten des sogenannten linken Flügels entstandenen Meinungsverschiedenheiten endgültig aus der Welt zu schaffen. Für den Parteivorstand begründete dann Alforda die von ihm eingebrachte Entschließung, die das Vorhandensein einer organisierten Opposition in der Partei mit eigenem Organ als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu derselben bezeichnet. Der Gegensatz beziehe sich auf die Taktik, nicht auf das Ziel. Seit 1926 habe die Opposition der Parteileitung entgegen gearbeitet und noch dieser Tage in Haarlem die Bildung einer besonderen Partei vorbereitet. Daher müsse endlich eine Entscheidung getroffen werden.

Als Sprecher der Opposition erwiderte Schmidt in zweifelhafte Rede, daß die Opposition ihre Propaganda unter einer Bedingung einzustellen gedenke. Die Politik des Parteivorstandes widerspreche den Beschlüssen des Wiener Internationalen Kongresses (?). Die Opposition könne allein in der Partei bleiben, wenn man ihr die „Fackel“ als das einzige Mittel der freien Meinungsäußerung lasse. Nach Schmidts Rede, die wiederholt von den Tribünenbesuchern durch Beifall unterstrichen wurde, begannen die letzteren die Internationale zu singen, worauf der Vorsitzende Klärung der Tribüne androhte. Um 5 Uhr begann die Aussprache, wofür sich 67 Redner gemeldet hatten, so daß die Redezeit auf 10 Minuten festgesetzt werden mußte.

Im Verlauf der sehr bewegten Aussprache zur Entschließung des Parteivorstandes auf dem Haarlemer Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie wurde nach von den Vertretern von 96 Ortsgruppen am Ostersonntag ein Vermittlungsvorschlag gemacht, den indessen die Mehrheit des Parteitagovorstandes als unannehmbar bezeichnete. Spät nach Mitternacht fiel die Entscheidung.

Ueber die Entschließung des Parteivorstandes zur künftigen Taktik der Partei, die in 11 Punkte gegliedert war, wurde nach Punkten abgestimmt. Die ersten 5 Punkte, worin die Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems, das unerbitterte Festhalten an den Grundfragen und der Kampfesweise der Partei und der endgültige Kampf für die Behauptung und Weiterentwicklung der Demokratie festgehalten wurde, wurden einstimmig angenommen. Die Punkte 6 bis 11, die sich gegen das selbst-

ständige Vorgehen der Opposition mit eigenem Organ und einer eigenen Organisation richteten, wurden bei 2059 Stimmen mit 1509 gegen 460 Stimmen der Opposition angenommen. Da sich die Opposition diesem Beschluß nicht fügen will, ist mithin die Spaltung unermesslich geworden.

Am Montag vormittag fand eine interne Sitzung statt. Wahrscheinlich werden alle weiteren Fragen einem zweiten Parteitag überwiesen werden.

Die Opposition trat inzwischen am Montag zu einer Sonderkonferenz zusammen, in der sie sich als Unabhängige Sozialdemokratische Arbeiterpartei konstituierte. Der Vorstand wird u. a. von den bekannten radikalen Gewerkschaftsführern Edo Timmen und Sienshuis sowie vom Herausgeber der „Fackel“ P. J. Schmidt gebildet.

Nach den eigenen Erfahrungen kann die deutsche Sozialdemokratie ihre holländischen Genossen nur dazu beglückwünschen, daß sie ihre Rosenfeld und Sendewitz endlich losgeworden ist. Die Schmidt-Gruppe mag sich noch so stolz als „unabhängige Partei“ konstituieren haben, sie wird den gleichen Weg gehen wie die S.A.P., den Weg ins Nichts.

Kein vernünftiger Mensch kümmert sich mehr in Deutschland um dieses Splitterschen und seine „Parolen“. Die Kommunisten, denen die S.A.P. mit ihrer genialen Thälmann-Parole unterwürdig nachläuft, spucken ihr ins Gesicht, während gerade in solchen Kreisen der Sozialdemokratie, in denen die Sendewitz und Rosenfeld früher am rührigsten agitierten — z. B. in Sachsen — man förmlich aufatmet, daß man endlich frei von inneren Stänkereien und Wählererei für die Partei und die Arbeiterschaft ungestört und erfolgreich wirken kann.

Uebrigens weist das „Freie Wort“ auf die ininteressante Tatsache hin, daß in Zwidau, Sendewitzens ursprüngliche Hochburg, die Kommunisten trotz der Thälmann-Parole der S.A.P. zwischen dem 14. September 1930 und dem 13. März 1932 2479 Stimmen verloren hat; sie sind dort von 10499 auf 8020 Stimmen gesunken, woraus man die absolute Bedeutungslosigkeit dieses Gruppchens ermessen kann. Möge sich auch in Holland das Schicksal der neuen „Partei“ ebenso schnell und verdient erfüllen.

Der Kernpunkt.

Zu den Debatten um den Groener-Brief.

Die „Germania“ nimmt zu den Versuchen der Rechtspresse Stellung, den Groener-Brief an Sefering zu bagatelisieren. Sie schreibt:

„Wir sind der Meinung, daß die in dem obigen Schreiben gemachten Ritzereien so gravierend sind, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Innenministerium des Reiches und Preußens allmählich sehr peinlich wirken. Diese Auseinandersetzung um Dinge, die wirklich an der Oberfläche liegen, ist um so bedauerlicher, als die Legitimation der preussischen Regierung zu ihrem Vorgehen und seine sachliche Berechtigung von niemanden ernstlich bestritten werden können, bis das Dasein und Erleben des Parteibüroes der S.K. mit einem geordneten Staatswesen für unvereinbar halten. Die Frage, ob der Brief Groeners die Aktion der preussischen Polizei habe veranlassen wollen oder nicht, verschwindet nach unserer Auffassung völlig vor der gebieterischen Pflicht des Staates, die nicht nur in ihren Zielen, sondern schon in ihrem bloßen Dasein legitime Parteiarbeit der Nationalsozialisten mit allen staatlichen Mitteln zu beobachten und wahrzunehmen. Das ist der Kernpunkt! Wir finden, daß er in den Debatten der letzten Tage sehr zu Unrecht verschoben worden ist.“

Die Existenz der braunen Armeen des Herrn Hitler, deren einzelne Standarten die Nummern der alten Regimenter führen, die Bewaffnung und Beibehaltung dieser Privatarmee, das ist allerdings der Kernpunkt, und kein Manöver von rechts kann davon ablenken!

Ausländische Millionenaufträge.

Arbeitereinstellungen im Maschinenbau.

Drei führende Unternehmen der deutschen Stahlindustrie und des Maschinenbaues haben jetzt zu gleicher Zeit mehrere große Aufträge im Werte von vielen Millionen Mark erhalten. Bei dem völlig daniederliegenden Arbeitsmarkt der Metallarbeiter und der anhaltenden Auftragsdrockung im Inlande bilden diese ausländischen Bestellungen einen wertvollen Zuwachs an Beschäftigung.

Der führende ostdeutsche Maschinenkonzern, die H. K. Hofmann, Busch, H. G. in Breslau hat von der Türkei und Sowjetrußland Aufträge für den Waggon- und Kesselbau im Werte von etwa 20 Millionen Mark erhalten. Das Unternehmen wird dadurch in die Lage versetzt, 800 bis 1000 Arbeiter neu einzustellen.

Die Vereinigte Stahlwerke A. G. hat für ihre Ab-

teilung Brückenbau in Dortmund von der Stockholmer Hafenverwaltung die Lieferung einer Eisenbahnbrücke erhalten, deren Wert sich auf 5 Millionen schwedischer Kronen stellt. Den Auftrag führt der Stahltrust mit zwei schwedischen Unternehmen zusammen aus. Zugleich kann die Verwaltung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg melden, daß eine französische Eisenbahngesellschaft einen Auftrag auf Lieferung der neuesten Dieselmotor-Lokos, des „großen MAN-Diesels“ erteilt hat. Die Maschine leistet 140 PS und findet für schwere Triebwagen Verwendung.

Verbrecherische Propaganda.

Inflationsspanit soll erzeugt werden.

Von bisher noch unbekanntem Tätern wurde in den Osterferien ein Flugblatt in die Häuser getragen und durch die Post versandt, das künstlich eine Inflationsspanit erzeugen soll. Nach den Urhebern wird polizeilich geforscht.

Nach dem Inhalt scheint das Flugblatt von nationalsozialistischer Seite ausgegangen zu sein. Ob dies die neue Form der von Goebbels angekündigten nationalsozialistischen Propaganda ist?

Der Kanonenschlag von Badenweiler.

Gerüchte über einen Anschlag auf Reichskanzler Brüning

Freiburg, 27. März.

Heute früh um 3 Uhr wurde gegen das Portal des Hotels „Römerbad“ in Badenweiler von Unbekannten ein Feuerwerkskörper geschleudert, wobei einige Glascheiben des Portals zertrümmert wurden. Von den zahlreichen Hotelgästen wurde der Vorfall nur wenig beachtet, was für seine Harmlosigkeit zeugt. Er gab aber Anlaß zu Gerüchten über einen Anschlag auf Reichskanzler Dr. Brüning, der übrigens in einem anderen Hotel in Badenweiler sich aufhält. Mit einem Anschlag auf den Reichskanzler hat der Vorfall nicht das geringste zu tun, er ist vielmehr als Dummerjungenstreich zu bewerten. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Alkoholfrage in USA. Eine von uns wiedergegebene Eigentümerversammlung ist dahin zu berichtigen, daß der Antrag der Alkoholfreunde, die Prohibitionsfrage den einzelnen Staaten zu überlassen, mit 227 gegen 157 Stimmen abgelehnt worden ist.

Bau einer Eisenbahn über den Kaukasus. Der Rat der Volkskommissare der kaukasischen Republik in Tiflis hat beschlossen, eine elektrische Eisenbahn über die kaukasische Gebirgskette zu bauen. Der Bau der Bahn soll 80 Millionen Rubel kosten und soll sofort begonnen werden.

Wildgewordene Hausbesitzer.

Ultimatum an die Regierung. — Drohung mit Einstellung des Zinsendienstes.

Der Reichsverband deutscher Geschäfts- und Industrie-Hausbesitzer in Berlin hat an die Reichsregierung Forderungen gestellt, die den Gipfel aller Interessentenpolitik darstellen.

In der Eingabe an die Regierung heißt es, daß die Vierte Kassenordnung vom Dezember 1931 die Industrie- und Geschäftshausbesitzer völlig entrechtet habe. Die Mehrzahl der Besitzer stehe vor den Trümmern ihres Vermögens und sei physisch und materiell zusammengebrochen. Da die Regierung mit der Erstellung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes für die Mieter den Zusammenbruch des Geschäftshaus-Besitzers verschuldet habe, müsse gefordert werden, daß die hieraus entstehenden Verluste vom Staate getragen werden.

In ultimativer Form fordert der genannte Verband der Geschäftshausbesitzer einen vollständigen Wegfall der Real- und Hauszinssteuer, sämtlicher Sonderlasten, wie der Aufbringungssteuer und der Umsatzzsteuer, sowie die Umwandlung der bisherigen Doppelsteuern in Ertragssteuern. Damit nicht genug wird verlangt, daß der Geschäfts- und Industriehausbesitzer bei Zwangsversteigerungen die gleichen Schutzbestimmungen erhält wie die Landwirtschaft, und daß „während der Notzeit“ das Reich bei der Durchführung des Zinsendienstes Hilfeleistung leistet. Werden solche Anordnungen, so heißt es in dem Ultimatum der Geschäftshaus-Besitzer, nicht spätestens im April getroffen, so würde die überwiegende Mehrheit des vermietenden Industrie- und Hausbesitzes den Zinsendienst auf das beschränken, was ihm nach Deckung der Steuerlasten und Verwaltungsunkosten übrig bleibe.

Wir erwarten, daß die Reichsregierung diesem Interessentenhaufen, der seine unverletzlichen Forderungen mit frechen Drohungen gegen Regierung und Gläubiger mischt, eine entsprechende Antwort erteilt!

Irlands Rebellion.

Englandfeindliche Kundgebungen am Ostermontag.

Dublin, 28. März.

Am Ostermontag fanden in allen größeren Städten des irischen Freistaates die erwarteten großen Kundgebungen der irischen republikanischen Armee statt, an denen jedoch keine irischen Regierungsmitglieder teilnahmen. In Dublin allein beteiligten sich an den Kundgebungen 15 000 Personen. Sie marschierten in militärischen Formationen, mit Offizieren an der Spitze jeder Abteilung. Auf die republikanische Armee folgten die republikanischen Pfadfinder und anschließend die republikanischen Frauen-Verbände. Zehntausende von Menschen sahen dem Schauspiel zu. Auch in Ulster wurde eine geheime Kundgebung abgehalten, obwohl die nordirische Regierung sie streng verboten hatte.

Auf allen Versammlungen wurde eine Kundmachung des republikanischen Komitees verlesen, die sich in scharfen Worten gegen die englische Herrschaft wendet und die Errichtung einer freien irischen Republik fordert. Die Notwendigkeit für das Bestehen der republikanischen Armee, so heißt es in der Kundmachung u. a., sei solange gegeben, wie Irland gezwungen ist, ein Mitglied des englischen Weltreiches zu bleiben. Es sei die Pflicht aller Republikaner, den englisch-irischen Vertrag zu befeitigen. Die Jugend wird aufgefordert, die Führung zu ergreifen, die Verbindung mit dem mörderischen Imperialismus zu durchbrechen und die Macht aus den Händen derjenigen zu entreißen, die diesen Imperialismus verwirklichen möchten.

Opfer des Ofterautoverkehrs in Frankreich.

Paris, 28. März.

Der starke Ausflugsverkehr an den Ofterfesttagen hat, wie alljährlich, in ganz Frankreich zahlreiche Verkehrsunfälle zur Folge gehabt. Nach der Unfallstatistik des „Matin“, die nach nicht einmal vollständig sein dürfte, sind bei Verkehrsunfällen 19 Personen ums Leben gekommen und 60 schwer verletzt worden.

Ein neuer Waldstiechhof, der von der Kommission zur Aufteilung der Domäne Dahlem westlich der Kronprinzessinnenallee im Grunewald angelegt worden ist und von dem der „Vorwärts“ vor einigen Wochen bereits ein Bild brachte, ist in Gegenwart von Vertretern der Staatsbehörden, der Stadt Berlin und der Religionsgemeinschaften mit einer Ansprache des Vorsitzenden der Dahlemkommission, Staatssekretär Krüger, der Dessenität übergeben worden.

Der Schriftsteller Karl Stedter aus Klein-Wachnow bei Berlin hatte gegen das Urteil des Potsdamer Schwurgerichts, das ihn wegen betrügerischer Brandstiftung verurteilte, Revision eingelegt. Die nächste Verhandlung findet am 11. April vor dem Reichsgericht in Leipzig statt.

Osternacht in Sofia.

Wenn die mazedonische Feme schießt.

Sofia, im März. (Eigenbericht.)

Immer wieder drückt die mazedonische Unterwelt dem oberirdischen Sofia ihren Stempel auf, ohne besonderen Widerstand zu finden. Vom ersten Minister bis hinunter zum letzten Bürger, keiner handelt gern mit den gefährlichsten Unterweltlern an. Treiben es die Komitadschi gelegentlich gar zu arg, so erfolgt schon mal eine polizeiliche Razzia. Doch statt die Terroristen hinter schwedische Gardinen zu setzen, schiebt man sie in irgendein Internierungslager in der Provinz ab.

In einem solchen Internierungslager herrschte am Karfreitag 1930 große Aufregung. Einer der gefährlichsten Insassen, der Komitadschi Turtscheto, welcher erst vor wenigen Wochen eingeliefert worden war, hatte Reißhaus genommen. Denn was ein mazedonischer Revolutionär von echtem Schrot und Korn ist, braucht Abenteuer und Pulverluft. Turtscheto war nach Sofia ausgetrieben, um dort mit seinem Spießgesellen und Busenfreund Stim Mitow nach Komitadschi-Ostern zu feiern.

Es ist Karfreitagmitternacht. Von allen Türmen läuten die Auerstehungsglocken. Aus allen Gotteshäusern strömen die Gläubigen, brennende Kerzen in den Händen. „Christus ist erstanden“ — „In Wahrheit, er ist erstanden“, begrüßen sich die Bürger.

Tad — tad — tad — Tada — tada — tad. Scharfe Schüsse zerreißen die friedliche Nacht. Auf dem breiten Boulevard Maria-Luise sieht man zwei flüchtende Burtschen, auf ihren Fersen mehrere Schupsteine. Tad — tad — tad: Ein Schuhmann bricht laut aufschreiend zusammen. „Makedonzi“ — Mazedonier, durchläuft es die Scharen der heimkehrenden Gläubigen. In wilder Panik flüchten sie in die anliegenden Häuser und Nebenstraßen. Im Nu sind alle Ofterkerzen, die jeder nach frommem Brauch brennend nach Haus zu bringen sich bemüht, erloschen. Der Boulevard ist leer.

Einige Beherzte schließen sich den Polizisten an. Wieder krachen Schüsse, wieder wälzt sich einer der Verfolger im Blute. Diese Makedonzi schießen gut. Jetzt stürzt der eine Burtsche zu Boden, er hat einen Beinshuß bekommen. Im Moment ist er überwältigt und gefesselt. Dem anderen gelingt es, zu entkommen.

Der Verhaftete ist Turtscheto. Er hatte seine Auerstehungsfeier in eine Weintrippe verlegt, wo er reichlich getrunken hatte. Bald war mit einem anderen Mazedonier ein Streit vom Zaune gebrochen, in dem nach „revolutionärer“ Manier die Pistolen das letzte Wort und Argument waren. Bald um sich knallend verließen Turtscheto und sein Freund Mitow das Lokal, stürzten auf die Straße und schossen auf die sich ihnen entgegenstellenden Schupsteine.

Da die empörte Bevölkerung den festgenommenen Turtscheto zu lynchen drohte, wurde er in ein beschlagnahmtes Auto geschafft und abtransportiert. Doch kaum war der Wagen abgefahren und in die

nabe Tergowstraße eingebogen, als ein dumpfes Krachen aus ihm ertönte. Dichte Pulverschwadben quollen aus den zerplitterten Fenstern des zertrümmerten Autos. Neuer Schreden, neue Panik. Aus den Trümmern krochen die Insassen mit pulvergeschwärtzten und blutigen Gesichtern. Sie hatten Glück gehabt, der Chauffeur, die beiden Schupsteine und Turtscheto selbst. Ihre Wunden sind leichter Natur, denn die Handbombe, die Turtscheto in der alkoholischen Wut über seine Festnahme trotz der gefesselten Hände aus der Tasche zu ziehen vermocht und auf den Boden des Autos geworfen hatte, war nur von geringer Wirkung gewesen.

Nach am Ostermorgen konnten die Sofioter den ersten Polizeibericht über das abenteuerliche Leben und lange Sündenregister Turtschetos in den Zeitungen lesen, denn dieser war ein alter Bekannter der Behörden. Bei seiner Durchsuchung hatte man ein ganzes Waffenarsenal gefunden: einen Revolver, zwei Pistolen mit 12 gefüllten Patronenmagazinen, einen Selbstgurt mit 60 Patronen, zwei Handbomben, einen Dolch, ein Glaschen Gift und ein großes Taschenmesser. In der inneren Rocktasche hatte er eine stark abgegriffene Kinderfibel. Turtscheto war nämlich Analphabet und soll dabei gewesen sein, lesen und schreiben zu lernen.

Turtscheto hatte trotz seiner 28 Jahre schon ein abenteuerliches Leben hinter sich. Sein Vater, der als türkischer Gendarm in Mazedonien stand, war im Kampfe mit einer Räuberbande gefallen und hatte den kleinen Hassan Mehmed, erst siebenjährig, als Bollwaffe zurückgelassen. Eine bulgarische Familie nahm sich des Kleinen an und ließ ihn auf den Namen Alexander taufen. Doch Alexander wurde immer nur „Turtscheto“, der kleine Türke, gerufen. Sein Abenteuertrieb trieb ihn zur Imro (Inneren Mazedonischen Revolutionären Organisation), als deren Mitglied er sich mehrere Jahre in Serbien und Griechenland herumtrieb, wo seine Augen manchem Gendarmen und Verfolger das Lebenslicht ausbliesen. Der Imroführer General Protogerow machte schließlich den verwegenen Gesellen zu seinem Leibwächter. Als Protogerow dann von Bruderhand ermordet wurde, schwor Turtscheto dem Mörder, dem Komitadschi Djudanow, blutige Rache. Djudanow war knapp vier Wochen später eine Leiche. Turtscheto zusammen mit seinen Freunden Dontschew und Sarafski hatte ihn „liquidiert“. Die Polizei kannte die Mörder, doch sie schlug, denn für sie arbeitete die mazedonische Feme. Dontschew wurde in der südbulgarischen Stadt Smilengrad „erlebigt“ und Sarafski in einem Sofioter Kaffeehaus niedergeknallt. Turtscheto hatte bisher mehr Glück.

Nach dem geschilderten Ofternacht-Intermezzo wanderte er in das hauptstädtische Zentralgefängnis, wo er heute noch sitzt, sofern ihm nicht inzwischen die Gefängnisbehörden „auf höheren Befehl“ in einer stillen Nacht die Tore geöffnet und den guten Rat gegeben haben, nach den mazedonischen Bergen zu „vorzudriften“...

Bernadotte.

Die „Resalliance“ des Prinzen Lennart.

Ein Enkel des regierenden Königs von Schweden, Prinz Lennart, ist mit einer „einsamen Bürgerin“ seines Heimatlandes ausgetraut und hat sie in London geheiratet. Darüber große Entrüstung in den gutgelesenen Kreisen Schwedens, der päpstliche Großpapa hat einen Beschluß bewirkt, wonach der „Schuldige“ sich künftig nicht mehr Prinz von Schweden nennen dürfe und aller sonstigen Rechte aus seiner königlichen Abstammung für verlustig erklärt wird.

Solche „Resalliances“ kommen in so ziemlich allen regierenden Familien Europas alle paar Jahre vor und bilden stets ein eifriges Gesprächsthema aller Kaffeestanten. Nebenbei bemerkt: Die alten Weltbar behandelte Geschlechts pflegen sich über dazwischenliegende Eheverhältnisse nur dann zu ereifern, wenn sie ganz im Sinne der bürgerlichen Moral handesamlich beglaubigt werden.

Der König Gustav von Schweden galt bisher als ein verhältnismäßig demokratisch denkender Souverän, und auch das Schwedenvolk zeichnet sich im allgemeinen durch eine demokratische Grundtendenz aus. Um so seltsamer erscheint der Beschluß des Kronrates, daß der „gefallene“ Prinz sich künftig nur noch nach dem Familiennamen der schwedischen Dynastie nennen dürfe: Bernadotte.

Das ist ein sehr unvorsichtiger Beschluß. Denn dadurch wird die Welt erst wieder an die Abstammung der Schwedenkönige erinnert. Bernadotte war bekanntlich jener napoleonische General, der als Sohn eines Winkeladvokaten in Südfrankreich geboren wurde und nach einem erfolgreichen Landstrafzuges im Dienste Napoleons schließlich zum König von Schweden gewählt wurde. Daß er zu diesem Zweck zum lutherischen Glauben, natürlich ohne eine Spur von Glauben, übertrat, daß er an seinem Gönner Napoleon den schönsten Treubruch beging, indem er ein Armeekorps zu dessen Niederwerfung zur

Verfügung stellte, sei nur nebenbei erwähnt. Die ganze schwedische Dynastie ist keine hundert Jahre alt, sie ist niedrig-bürgerlicher Herkunft, und da darf man die Frage wohl stellen: hat dieser König von Schweden es wirklich nötig, sich in solchen Dingen so aufs hohe Ross zu setzen?

Streit um das Gnadengehalt.

Der Tod tilgt auch die Mimentensschuld.

Die geschiedene Ehefrau eines Postbeamten verlangte nach dessen Ableben aus den Hinterbliebenen die Zahlung von Mimentensschulden aus den Gnadenbezügen des Verstorbenen. Das Amtsgericht Berlin-Tempelhof wies die Klage gegen die Hinterbliebenen kostenpflichtig ab.

In der Begründung führte das Gericht aus, daß die Gnadenbezüge gezahlt werden, um den Hinterbliebenen den Lebensgang in minderünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu erleichtern, und damit sie einen Zufluß für die entstehenden Krankheits- und Bestattungskosten erhalten. Da die geschiedene Ehefrau schon längere Zeit, und zwar seit der Scheidung, nicht mehr in den gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen wie der Verstorbene lebte und auch nicht zu den Krankheits- und Bestattungskosten beigetragen hat, verpflichtet sich schon daraus die Erfüllung ihres Anspruchs aus den Mitteln des Gnadengehalts.

Das Gnadengehalt wird überdies nach dem Reichsbeamtengesetz nur an die Witwe oder an die Abstammlinge gezahlt. Auch als Gläubigerin des Verstorbenen kann die Klägerin keine Zahlung aus dem Gnadenbezügeanspruch beanspruchen. Es wird an die Hinterbliebenen gezahlt, ohne Rücksicht, ob sie Erben sind oder nicht. Das Gnadenbezügegesetz ist auch unpfändbar. Hieraus wie aus der Zweckbestimmung des Gnadenbezügegesetzes ergibt sich, daß die Gläubiger eines Verstorbenen keinen Anspruch darauf haben.

Sie finden in unseren Packungen keine

Wertmarken, Gutscheine
oder Stickereien!

Und doch haben wir in unsere

JUNO

etwas hineingelegt, was Sie immer
wieder erfreuen wird:

Liebe, Sorgfalt und beste Tabake!

Und das ist mehr wert!



